1 D 3417 D

türkei infodienst

Nr. 98/99 ERSCHEINT 14-TÄGIG 14. Januar 1985

Wirtschaft

Tercüman vom 19.12.1984

In diesem Jahr haben wir Kredite in Höhe von 1,7 Milliarden Dollar erhalten

Im diesem Jahr wurden zur Finanzierung einiger Projekte und zur Ankurbelung gewisser Wirtschaftssektoren Auslandskredite in Höhe von 1,748 Milliarden Dollar aufgenommen. 794 Millionen Dollar wurden von der Weltbank und 232 Millionen Dollar von sozialistischen Ländern gewährt.

Cumhuriyet vom 21.12.1984

Sevket Yilmaz darf nicht Gewerkschafter sein

Das Arbeitsministerium behauptet, der Vorsitzende der Türk-Is und der Teksif, Sevket Yilmaz, habe nicht die vom Gesetz geforderten 10 Jahre als aktiver Arbeiter hinter sich, so daß er kein Gewerkschafter sein kann. Sevket Yilmaz sagte dazu:*"Bei der Nachprüfung in Teksif wurde so etwas festgestellt. Wenn ich die 10 Jahre nicht voll habe, dann hat es sonst keiner."*

Milliyet vom 31.12.1984

"Mehrwertssteuer erschließen eine unrechtmäßige Verdienstquelle "

Bevor die Mehrwertssteuer zur Anwendung kam, wurden gleich einige Methoden zu ihrer Umgehung gefunden. Die Ausnahmen, die bei der Anwendung des Gesetzes bestehen, machen es den Produzenten möglich, legal Steuern zu hinterziehen. Die Experten meinen, daß die Mehrwertssteuern eine unrechtsmäßige Verdienstquelle sein werden.

Tercüman vom 04.01.1985

Die Arbeitslosigkeit wird durch BIG verhindert werden

Die Regierung wird gegen die Arbeitslosigkeit, gegen das Problem Nr. 1 der Türkei, mit dem Projekt BIG vorgehen. Das Projekt wurde von Mustafa Tinaz Titiz, einem ANAP-Abgeordneten aus Istanbul, fertiggestellt. Demnach werden an 1000 Stellen der Türkei Firmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gegründet. Das Projekt wird in kommenden Tagen von Ministerpräsident Özal der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Man erhofft sich von diesem Projekt, daß die Arbeitslosigkeit abgeschafft wird.

Tercüman vom 04.01.1985

Der Staat muß 661 Milliarden Lira Inlandsschulden abzahlen

Die Inlandsschulden des Staates an die Produzenten, die Unternehmer und an die Staatsschatzbriefbesitzer beläuft sich auf 661 Milliarden Lira.

Tercüman vom 05.01.1985

Dieses Jahr werden 210.000 Arbeitslose eingestellt werden

Die Türkei geht mit 3 Millionen Arbeitslosen in das neue Jahr. In diesem Jahr werden nur 210.000 Arbeitslose wieder eingestellt werden können. Damit werden 7% der Arbeitslosen eine Arbeit finden können.

Cumhuriyet vom 05.01.1985

Die Einrichtung von Freihandelszonen verzögert sich

Es wird mitgeteilt, daß die Eröffnung der Freihandelszone, die in Mersin eingerichtet werden soll, für November vorgesehen ist.

Tercüman vom 07.01.1985

Kalemli: "Ich bin der Bürge Ihrer erworbenen Rechte"

Der Minister für Arbeit und soziale Sicherheit, Mustafa Kalemli, beruhigte die Arbeitnehmer, die in letzten Tagen durch die Berichte über Prämien und Heiratsalter beunruhigt worden waren. Kalemli nannte sich für einen Bürgen dür die erworbenen Rechte der Arbeiter.

Cumhuriyet vom 09.01.1985

Die Investitionen des ausländischen Kapitals sind viel weniger als erwartet wurde

Die Investitionen des ausländischen Kapitals in der Türkei blieben 1984 unter der Erwartung . Sie erreichten eine Höhe von 207,6 Millionen Dollar. Damit hat Ende 1984 Auslandskapital insgesamt im Werte von 1,43 Milliarden Dollar Investitionskonzessionen erhalten.

Milliyet vom 09.01.1985

Keban hat die Brücke überholt

Diejenigen Sparer, die beim Verkauf der Bosporus-Brücke nicht teilnehmen konnten, sind beim Verkauf des Keban-Staudammes auf ihre Kosten gekommen. Die seit gestern morgen in allen Filialen von Is Bankasi zum Verkauf angebotenen Wertpapiere des Keban-Staudammes haben mehr Absatz gefunden, als es beim Verkauf der Obligationen der Bosporus-Brücke der Fall war. Wer sich die Gelegenheit mit der Brücke hatte entgehen lassen, der stellte sich von frühen Morgenstunden an vor den Bankfilialen an, um die Wertpapiere des Keban-Staudammes zu ergattern. Von der Is Bankasi konnten wir erfahren, daß bis zu Mittagsstunden von den zum Verkauf angebotenen Wertpapieren in Höhe von 40 Milliarden Lira Wertpapiere im Werte von 20 Milliarden Lira verkauft worden sind.

Internationale Beziehungen

Tercüman vom 19.12.1984

Weltbank: Hört auf, die Staatsbetriebe zu begünstigen !

Nach Meinung der Weltbank braucht die Türkei zusätzliche Maßnahmen, um bessere ökonomische Erfolge zu erzielen. Im letzten Bericht der Weltbank heißt es über diese Maßnahmen: *"Die unterschiedliche Förderung der Privat- und der Staatsunternehmen muß aufhören. Die Kredite, die den staatlichen Einrichtungen, insbesondere den Staatsbetrieben eingeräumt werden, müssen nicht mehr vergeben werden und die Zinssubvention muß aufhören."*

Tercüman vom 23.12.1984

Mit der Bundesrepublik wurde ein Vertrag über einen Projektkredit in Höhe von 130 Millionen Dollar unterzeichnet

Der Vertrag über einen Projektkredit, den die Bundesrepublik im Rahmen der ökonomischen Zusammenarbeit der Türkei gewährt, wurde gestern in Ankara unterzeichnet. Der Kredit ist für die Finanzierung von sechs laufenden Energieversorgungsprojekten gedacht.

Tercüman vom 24.12.1984

Wir bekommen von England einen Kredit in Höhe von 233.000 Sterling

Das Kreditvolumen, das England im Rahmen des OECD-Konsortiums der Türkei einräumt, wurde von 15 Millionen Sterling auf 17,233 Millionen Sterling erhöht.

Tercüman vom 25.12.1984

Reagan: "Verstärkt unsere Beziehungen zur Türkei"

Sprecher der Reagan-Administration melden, daß Ministerpräsident Turgut Özal Anfang April nach Washington kommt. Wie wir in Erfahrung bringen konnten, trifft die Reagan-Administration intensive Vorbereitungen, damit Özal mit Kongreß-Abgeorneten und Politikern zusammenkommen und diskutieren kann.

Cumhuriyet vom 26.12.1984

Der sowjetische Ministerpräsident in Ankara

Der Ministerpräsident der UdSSR, Nikolai Tichonow, kam gestern als Gast des Ministerpräsidenten Turgut Özal in Ankara an. Tichonow ist der zweite sowjetische Ministerpräsident in der Türkei nach dem Besuch Kosygin's in Ankara im Jahre 1975. Tichonow wurde in Ankara von Ministerpräsident Özal offiziell begrüßt.

Cumhuriyet vom 27.12.1984

Drei Verträge mit den Sowjets

Eine sowjetische Delegation, die sich in der Türkei zu einem offiziellen Besuch aufhält und vom sowjetischen Ministerpräsidenten Nikolai Tichonow geführt wird, hat ihre offiziellen Gespräche mit der türkischen Seite abgeschlossen.Die Sowjetunion hat mit der Türkei drei Verträge unterzeichnet, zwei davon sind wirtschaftlicher und einer kultureller Art. Tichonow wurde gestern vom Staatspräsidenten, Kenan Evren, empfangen.

Cumhuriyet vom 29.12.1984

Die Motoren der F-16 Flugzeuge werden mit einer US-Firma gemeinsam gebaut

Um die Motoren der F-16 Flugzeuge zu bauen, gründet TUSAS mit General Electric gemeinsam eine Firma. Die Firma soll in Eskisehir Flugzeugmotoren produzieren. Außerdem werden von dieser Firma die Motoren der Flugzeuge der Turkish Airlines gewartet.
Tercüman vom 05.01.1985

Tercüman vom 05.01.1985

Wir haben der Sowjetunion die Garantie gegeben, daß auf unserem Boden keine atomaren Raketen stationiert werden

Die Türkei hat der Sowjetunion eine Garantie darüber gegeben, daß auf türkischem Boden keine amerikanischen Cruise- und Pershing-Raketen mit atomarem Sprengkopf stationiert werden.
Der sowjetische Ministerpräsident Nikolai Tichonow hatte letzten Monat bei seinem Besuch in der Türkei Ministerpräsident Özal die Frage gestellt, ob die atomaren Raketen, die zur Stationierung in 5 westeuropäischen Ländern gedacht sind, auch in der Türkei stationiert werden. Özal antwortete daraufhin, daß die Cruise- und Pershing-Raketen auf türkischem Boden nicht stationiert werden.Die nächste Frage von Tichonow war dann:*"Denken Sie an eine Stationierung in Zukunft ?"* Daraufhin erwiderte Özal:*"Die Türkei denkt absolut nicht an eine Stationierung."*

BRD

Milliyet vom 17.12.1984

Die Front des Verrats

6 extremistische Parteien, die vor dem 12. September in der Türkei legal und illegal tätig waren, haben sich unter dem Namen ‚Vereinigung der türkischen und türkisch-kurdischen Linken' zusammengeschlossen.
Diese Organisationen waren zur Zeit ihrer Tätigkeiten in der Türkei sogar Feinde und kritisierten gegenseitig ihre Programme und Aktionen. In einer Erklärung in der Zeitung ‚Türkiye Postasi' brachten die Vorsitzenden dieser Parteien zur Sprache, daß sie nach langer Zeit der Beratungen jetzt erfolgreich eine Vereinigung der Kräfte geschaffen hätten. Sie erklärten, daß sie für die Verwirklichung eines demokratischen Programmes in der Türkei einen gemeinsamen Kampf führen werden.
Hier einige der im Programm vertretenen Grundsätze: Rückkehr der Landsleute in ihre Heimat, die gezwungen waren, ins Ausland zu gehen; Aufkündigung der Vereinbarungen mit IWF, Weltbank und OECD; Aufhebung der Beschränkung der Arbeiterrechte, die nach dem 12. September eingeführt wurden; Schaffung eines Sozialversicherungssystems; Aufhebung der Vereinbarungen mit den USA; Aufbau von Beziehungen zu den sozialistischen Staaten; Widerstand gegen den Aufbau eines türkischen Staates in Nordzypern.

Tercüman vom 21.12.1984

„ Die Sendung ‚Türkiye Mektubu' wird weiter gesendet "

Anläßlich einer Pressekonferenz im Frankfurter Generalkonsulat sagte der Bonner Botschafter Iscen auf eine Frage bezüglich der Einstellung der Sendung ‚Türkiye Mektubu': *Untersuchungen zufolge wird die Sendung von 4% der Deutschen gesehen. Das heißt, das Tausende von Deutschen daran Interesse haben. Es gibt keinen Beschluß, die Sendung einzustellen.' Nur bei den Filmen, die aus der Türkei kommen müssen die Fehler korrigiert werden.*

Milliyet vom 25.12.1984

In Stuttgart überfielen linke Türken eien Versammlung der Rechten

Extremistische Linke, die einen Festsaal, in dem eine ‚Kulturnacht' stattfinden sollte, überfallen wollten, haben 6 Leute mit dem Messer verletzt.
Die Nacht wurde veranstaltet vom Frankfurter Zweig der ‚Nationalistischen Türk Föderation', einer Organisation rechter Türken. In der Umgebung des Festsaals fanden sich schon am frühen Morgen linke Türken ein.
Um 11.00 Uhr kam es zu einer Auseiandersetzung zwischen 6 Leuten, die den Festsaal betreten wollten und den bis zu 150 Linken. Die extremistischen Linken überfielen die 6 Leute mit Stöcken und Messern.
Die bis zu 150 Linken wurden von der Polizei festgenommen.

Tercüman vom 25.12.1984

9 betrunkene Deutsche überfielen die Wohnung einer türkischen Familie

In Giessen überfielen 9 betrunkene Deutsche die Wohnung einer türkischen Familie. Der türkische Arbeiter F. K. tötete dabei einen der Deutschen und verletzte einen anderen schwer.
Der Türke hatte sich bei der Polizei über den Lärm beschwert, den die Deutschen bei einer Feier verursachten. Die Deutschen, die von der Polizei erfahren hatten, wer sie verraten hatte, begaben sich im Zustand der völligen Trunkenheit zur Wohnung des türkischen Arbeiters. Sie zerstörten die Tür des Schlafzimmers und drangen dort ein. Im Laufe der folgenden Auseinandersetzung tötete der türkische Arbeiter einen der Deutschen. Ein anderer wurde schwer verletzt. Die Deutschen, die auf dem Kopf des Arbeiters eine Schnapsflasche entleert hatten und heißes Wasser über seinen Körper geschüttet hatten, verließen später dann die Wohnung. Die Frau des Türken benachrichtigte die Polizei, die ihn dann festnahm.
Der Türke wurde später wieder auf freien Fuß gesetzt, da er nach Ansicht des Richters in Notwehr gehandelt hatte.

Tercüman vom 27.12.1984

Deutschland will terroristische Straftäter nicht ausliefern

Aus verläßlichen Quellen stammende Informationen besagen, daß besonders nach dem Selbstmord des Mörders von Gün Sazak, Kemal Altun, deutsche Behörden bezüglich der Auslieferungen noch später antworten, als dies vorher schon der Fall war. Im Zusammenhang mit diesem Thema wurden folgenden Informationen gegeben: *In den Jahren 1980-1983 wurden den deutschen Behörden 150 Auslieferungsakten übergeben. In diesen Akten sind die Straftaten der betreffenden Personen aufgeführt und es wird angegeben, wegen welcher Straftaten sie vor Gericht gestellt werden sollen. Im Jahre 1984 wurden den deutschen Behörden 34 Auslieferungsakten übergeben. Über 7 Akten wurde im Laufe dieses Jahres entschieden: 4 positive Entscheidungen und 3 negative Entscheidungen.*

Tercüman vom 28.12.1984

" Die Rückkehr der Ausländer hat die Arbeitslosigkeit nicht verringert "

Das Vorstandsmitglieded des DGB, Siegfried Bleicher hat die Regierung bezüglich einer Verschärfung des Ausländerrechts gewarnt.
Auf einer Versammlung in der DGB-Schule in Pöcking sagte Bleicher, daß einige Politiker die Zahl der Ausländer mit harten Gesetzen verringern wollten. Der DGB werde gegen Ungerechtigkeiten beim Thema Ausländer Widerstand leisten.
Laut Bleicher sind mit der Rückkehrförderung 330.000 Ausländer in die Heimat zurückgekehrt. Auf die Verringerung der Arbeitslosigkeit hat dies keinen Einfluß gehabt.

Tercüman vom 29.12.1984

"Gegen den Terror müssen Maßnahmen ergriffen werden "

Die Türk-Föderation (Europäische Vereinigung der Demokratischen Nationalistischen Türkischen Vereine) hat im Zusammenhang mit den Ereignissen in Frankfurt eine Erklärung herausgegeben. Darin heißt es:
Die vom Stuttgarter Türkischen Nationalen Kulturverein vorbereitete Kulturnacht wurde von türkischen Kommunisten in Zusammenarbeit mit deutschen, griechischen, italienischen und iranischen Genossen überfallen.
... Diese Nächte haben eine nur kulturelle Qualität und ihre Funktion ist die Bindung unserer in der Fremde befindlichen Menschen an die nationale Kultur und die Stärkung dieser Bindung. Die Kommunisten jedoch sind, wie bekannt ist, die Hauptfeinde unseres nationalen Glaubens und unserer Kultur. Deshalb sind für sie Überfälle auf Kulturtreibende Personen und Organisationen die oberste Aufgabe. ...
...Wenn gegen diese organisierten Terroristen und Aktionen... nicht zur rechten Zeit die notwendigen Maßnahmen ergriffen werden, wird das in Zukunft für die türkische Gemeinschaft und auch für Deutschland einen die Ruhe zerstörenden und gefährlichen Zustand herbeiführen. ...

Tercüman vom 5.1.1985

Wieder eine Frechheit des ZDF!

Das ZDF hat seinen Bemühungen, in der deutschen Öffentlichkeit ein Türkei-feindliches Bild zu schaffen, eine weitere hinzugefügt. Diesmal wurde als Trumpf Aziz Nesin benutzt.
Der ZDF-REporter Horst Werner, der als Türkei-feindlich bekannt ist, behauptete, daß Aziz Nesin in der Türkei zum Symbol der Gegner der Militärherrschaft geworden ist.
Horst Werner begann seine Ausführungen mit den Worten: *56 Leute, unter ihnen der 70jährige Aziz Nesin, wurden wegen einer Mitteilung (Manifest) vor Gericht gestellt.... Dieses Verfahren wird zeigen, wer in der Türkei der Herr ist. Das Parlament und der Ministerpräsident? Oder die Generäle? Die neue Verfassung erlaubt ausdrücklich, Petitionen zu übergeben, aber in einigen Provinzen verbietet das herrschende Kriegsrecht dies. Der Ausweis von Aziz Nesin wurde ihm genommen. Seit der Zeit kann er nicht ins Ausland reisen. Im letzten Jahr wurde er wegen eines Kommentars, den er vor 23 Jahren geschrieben hatte, vor Gericht gestellt. Es ist verboten, über das Verfahren zu reden. Aziz Nesin sagt, daß es notwendig ist, gegen die Beschränkungen der Freiheiten einige Dinge zu tun.*

Menschenrechte

a) HINRICHTUNGEN

Seit dem 12.09.1980 wurden in der Türkei 50 Menschen hingerichtet (darunter 27 politische Täter).

b) TODESSTRAFEN

27.12.84	Mümin Agcakaya Er wird der PKK zugerechnet.	in Ankara
30.12.84	Hasim Zengin, Celalettin Can, Fethi Üzüm, Seyfetullah Catak Sie sollen Dev-Sol angehören.	in Elazig
01.01.85	Ahmet Kinali Keine politische Ausrichtung angegeben, aber das Urteil erfolgte vor einem Militärgericht.	in Erzincan

Seit der Ausrufung des Kriegsrechtes Ende 1978 wurden in der Türkei 484 Todesstrafen verhängt.

c) ANTRÄGE AUF TODESSTRAFE

21.12.84	2 Rechte	in Ankara
22.12.84	6 Linke	in Istanbul

Seit dem 12.09.1980 wurde in 6.153 Fällen die Todesstrafe beantragt.

d) PROZESSE

Cumhuriyet vom 13.12.1984

1 Todesstrafe gefordert

Im Prozeß gegen Angehörige der Organisation Dev-Yol aus dem Stadtteil Akdere, der vor dem Militärgericht in Ankara stattfindet, hat der Militärstaatsanwalt in seinem Plädoyer für einen Angeklagten die Todesstrafe, für 27 Angeklagte Strafen zwischen 5 und 15 Jahren, für 2 Angeklagte Freispruch und bei 3 Angeklagten Entscheidung auf Nichtzuständigkeit beantragt.

Cumhuriyet vom 13.12.1984

Die Leiter des Volkshauses von Bakirköy wurden freigesprochen

Die Leiter des Volkshauses Bakirköy, der Vorsitzende Hasan Celikel und die Vorstandsmitglieder Hüseyin Peksezen, Mustafa Üstüntas, Vecdi Öztaylan und Rafet Köse wurden vor dem Militärgericht Nr. 3 in Istanbul von dem Vorwurf, eine Straftat gelobt zu haben und Kommunismuspropaganda betrieben zu haben, freigesprochen. Sie hatte eine Mindeststrafe von 9 Jahren erwartet. In dem Urteil heißt es, daß nicht genügend Beweismittel für den Vorwurf vorhanden sind. Das Gericht erkannte außerdem auf einen weiteren Betrieb des Volkshauses Bakirköy.

Cumhuriyet vom 13.12.1984

Das TIKB Verfahren ging zu Ende

Vor dem Militärgericht Nr. 1 in Istanbul endete das Verfahren gegen die Kommunistische Arbeiterunion der Türkei (TIKB). 10 Angeklagte wurden zu Strafen zwischen 3 und 10 Jahren verurteilt, 6 Angeklagte wurden freigesprochen.

Cumhuriyet vom 13.12.1984

Das TIKKO Verfahren 3 begann

Vor dem Militärgericht Nr. 3 in Istanbul begann gestern das TIKKO Verfahren 3 mit 305 Angeklagten, von denen sich 128 in Haft befinden. Neben den inhaftierten Angeklagten waren 80 Angeklagte erschienen, die nicht in Haft sind. Noch bevor das Gericht um 15 Uhr seinen Platz einnahm, wurde an einige nicht inhaftierte Angeklagte die Anklageschrift verteilt.
Danach wurde zunächst die Anwesenheit der Anwälte überprüft. Es waren 32 Anwälte erschienen. Bei der alfabetischen Feststellung der Personalien meldeten sich einige inhaftierte Angeklagte zu Wort und sagten, daß sie zunächst einige Anmerkungen zu den Haftbedingungen hätten. Das Gericht verwies darauf, daß hier die Spruchkammer sei und keine Beschwerdestelle, Probleme mit der Verwaltung sollten sie dort vorbringen.

Der vorsitzende Richter lies auch die Kleidung der Angeklagten notieren. Nachdem sich zuvor 2 Angeklagte geweigert hatten, ihre Personalien anzugeben, verlangte der Angeklagte Mehmet Ali Güleryüz das Wort und begann mit dem Richter zu diskutieren. Daraufhin wurde er des Saales verwiesen. Weitere 5 Angeklagte meldeten sich zu Wort und wurde ebenfalls des Saales verwiesen. Nun begannen die Angeklagten, Parolen zu rufen. Es wurde auch beibachtet, daß die Angeklagten ein Spruchband mit der Aufschrift TKP/ML ausrollten. Das veranlaßte das Gericht alle im Saal Anwesenden bis auf die inhaftierten Angeklagten aus dem Saal zu weisen. Den Anwälten wurde mitgeteilt, daß das Verfahren auf einem noch festzulegenden Termin weitergeführt werde.

Cumhuriyet vom 13.12.1984

Freispruch nach 14 Jahren

Eines der längsten Verfahren der letzten Zeit ist nun nach 14 Jahren zu Ende gegangen. Vor dem Strafgericht 4 von Istanbul wurden 24 Funktionäre der DISK wegen der Vorfälle vom 15./16. Juni freigesprochen. Das Gericht entschied außerdem, daß das Verfahren gegen den von rechten Terroristen ermordeten Vorsitzenden der DISK, Kemal Türkler, aufgehoben werde.

Aus Protest gegen die geplante Veränderung der Gewerkschaftsgesetze hatte DISK für den 15./16. Juni 1970 Kundgebungen geplant, bei denen es zu Auseinandersetzungen kam, in deren Folge 25 Funktionäre der DISK verhaftet wurden. Am 13.08.1970 wurde gegen sie vor dem Strafgericht Nr. 4 in Istanbul ein Verfahren. Da aber kurz darauf das Kriegsrecht verkündet wurde, kam das Verfahren vor ein Militärgericht. Nach Aufhebung des Kriegsrechtes wurde das Verfahren wieder an das Zivilgericht verwiesen.

Danach wurde das Verfahren 4 mal zwischen Zivil- und Militärgericht hin- und hergeschickt und kam schließlich auf Entscheidung des Schiedsgerichtes zum Strafgericht 4 in Istanbul. In diesem Verfahren wurden mehr als 50 Sitzungen abgehalten. Bei der gestrigen Sitzung waren 4 Angeklagten und 1 Anwalt anwesend. Angefangen hatte das Verfahren mit 26 Angeklagten und 50 Anwälten. Der Anwalt Rasim Öz forderte die Einstellung des Verfahrens, da die Straftat unter das Amnestiegesetz aus dem Jahre 1974 falle. Der Staatsanwalt Cevat Tekbas forderte Freispruch der Angeklagten, da nicht genügend Beweismittel vorhanden seien. Das Gericht schloß sich beiden Anträgen an. Gegen die Angeklagten war aufgrund § 171 (Aufstachelung zum Volksaufstand) eine Strafe zwischen 1 und 5 Jahren gefordert worden.

Cumhuriyet vom 15.12.1984

Das TKEP Verfahren

Im Verfahren gegen 55 Angeklagte der Kommunistischen Arbeiterpartei der Türkei (TKEP) hat nun der Militärstaatsanwalt vor dem Militärgericht Nr. 1 in Istanbul sein Plädoyer gehalten. Er forderte darin für 43 Angeklagte eine Strafe zwischen 1 und 24 Jahren, für 11 Angeklagte verlangte er Freispruch und bei einem Angeklagten sollte auf Einstellung des Verfahrens erkannt werden.

Cumhuriyet vom 15.12.1984

Einstellung des Verfahrens

Die Militärstaatsanwaltschaft in Istanbul hat im Falle des Herausgebers des monatlichen Blattes Maya, Ünal Yaltirik und des Jorunalisten Necmettin Önder, denen vorgeworfen worden war, durch einen Artikel die Atmosphäre der Auseinandersetzungen vor dem 12. September wieder heraufzubeschwören, auf Einstellung des Verfahrens erkannt.

Cumhuriyet vom 18.12.1984

Befragungen im Friedensverinigungsverfahren 2 wurden fortgesetzt

Vor dem Militärgericht Nr. 2 in Istanbul wurde das Verfahren gegen die Friedensvereinigung 2 mit 48 Angeklagten mit der Befragung der Angeklagten fortgeführt. An der Verhandlung nahm eine Delegation der SODEP sowie 2 im Verfahren 1 freigesprochene Angeklagte teil. Auch die Gattin des durch rechte Terroristen ermordeten ehemaligen Vorsitzenden der DISK, Kemal Türkler, nahm an der Verhandlung teil.
Die gerichtliche Aussage des ehemaligen Abgeordneten Erol Saracoglu vor der Militärstaatsanwaltschaft in Ankara wurde verlesen. Sodann wurde der angeklagte Anwalt Müsir Kaya Canpolat vernommen. Für die Angeklagten Mehmet Ali Pestilci, Süleyman Coskun und Halit Celenk wurden die Aussagen aus Ankara, für die Angeklagten Güler Elicin und Ataman Tangör die Aussagen aus Izmir verlesen. Der Angeklagte Ataman Tangör lehnte seine polizeiliche Aussage ab, da sie unter Folterungen aufgenommen worden sei. Der Anwalt Kemal Anadol meldete sich daraufhin zu Wort und sagte, daß es die Aufgabe des Gerichtes sei, nicht nur die Beweismittel gegen sondern auch für den Angeklagten zu sammeln. Es befinde sich zwar die polizeiliche Aussage von Ataman Tangör in der Akte, nicht aber der Beschluß der Militärstaatsanwaltschaft auf Einstellung des Verfahrens. Dieser Beschluß war im Zusammenhang mit den Ermittlungen für das Verfahren 1 gegen die Friedensvereinigung gefällt worden.

Nach der Aussage des Angeklagten Yavuz Bayölken wurde das Präsidiumsmitglied von DISK, Ali Riza Güven, vernommen. Er sagte, daß er kein Mitglied der Friedensvereinigung sei. Er habe lediglich auf einer Versammlung der Friedensvereinigung im Namen der DISK gesprochen. Gleiches brachte das Präsidiumsmitglied der DISK, Celal Kücük vor. In der Verhandlung wurde außerdem noch der ehemalige Abgeordnete Metin Tüzün vernommen (er gehörte zu den 16 'Verbannten' vor den allgemeinen Wahlen, tid). Das Gericht beschloß in der nächsten Verhandlung am 24.12.1984 mit der schriftlichen Aussage des Professors Sadun Aren fortzufahren.

Cumhuriyet vom 19.12.1984

Nichtzuständigkeit bei dem Buch 'Papst-Agca und die Mafia'

Unter dem Vorwurf, daß der Journalist und Autor Ugur Mumcu mit seinem Buch 'Papst-Mafia-Agca' gegen das Pressegesetz verstoßen habe, wurden die Ermittlungen der Militärstaatsanwaltschaft Istanbul abgeschlossen. Die Militärstaatsanwaltschaft erkannte auf Nichtzuständigkeit und sandte die Unterlagen an die Staatsanwaltschaft Istanbul.

Milliyet vom 20.12.1984

Vorwurf der Fluchthilfe

Unter dem Vorwurf, dem Mörder an dem Herausgeber unserer Zeitung und Papstattentäter Mehmet Ali Agca sowie dem Mörder des Dozenten Bedrettin Cömert zur Flucht verholfen zu haben, begann jetzt der Porzeß gegen 12 Personen, von denen 8 Zollbeamte sind. Nach der Feststellung der Personalien wurde die Anklageschrift verlesen. Darin führte der Militärstaatsanwalt aus, daß nach der Aussage eines im Zusammenhang mit Goldschmuggel festgenommenen Beamten, die Ermittlungen erweitert worden sind. In der Anklageschrift ist außerdem davon die Rede, daß die Flucht von Mehmet Ali Agca und Üzeyir Bayrakli auf Anweisung von Abdullah Catli und dem MHP-Funktionär Yilma Durak erfolgte.

Cumhuriyet vom 20.12.1984

Der rechte Aktionist Veli Can Oduncu wurde zu 17 Jahren verurteilt

Das Militärgericht Nr. 1in Istanbul hat wegen des Mordes an Abdurrahman Güces gegen den Angeklagten Veli Can Oduncu eine Strafe von 17 Jahren, die Angeklagten Erkin Alasakim und Kamil Oruc eine Strafe von 10 Jahren verhängt. Die Anklage hatten den Beschuldigten vorgeworfen, am 4.12.1978 aus ideologischen Gründen den Mord begangen zu haben. Nach § 450/4 wurde gegen die Angeklagten zunächst eine Todesstrafe verhängt, die dann aber wegen Minderjährigkeit reduziert wurde.

Cumhuriyet vom 20.12.1984

Das Verfahren wegen der Petition der Intellektuellen

Im Verfahren gegen 59 Angeklagte, die die Petition der Intellektuellen unterschrieben hatten, wurden nun vor dem Militärgericht Nr. 1 in Istanbul weitere Unterzeichner als Zeugen kommissarisch für das Militärgericht Nr. 1 in Ankara vernommen.
Die Theaterschauspieler Müjdat Gezen, Suzan Öztan und Izzet Ümit Elci, sowie Sahin Gök und Ali Icansu sagten aus, daß sie die Petition in einem Restaurant mit Namen Papyrus unterschrieben hätten. 6 weitere Zeugen sagten aus, daß sie die Petition unterschrieben hätten, weil sie die darin geäußerten Ansichten teilten. Ein Zeuge sagte aus, daß er die Petition unterschrieben habe, nachdem er nur eine Seite gelesen hatte.
Das Verfahren wurde zur Vernehmung weiterer Zeugen auf den 7. Januar 1985 vertagt.

Tercüman vom 21.12.1984

Gegen Nazli Ilicak und Yüksel Bastunc wurde vor dem Militärgericht ein Verfahren eröffnet

Wegen eines Verstoßes gegen das Gesetz mit der Nummer 2969 hat nun die Militärstaatsanwaltschaft aus Istanbul die Eröffnung eines Verfahrens gegen unsere Journalistin Nazli Ilicak und den Chefredakteur Yüksel Bastunc beantragt.

Den Angeklagten wird vorgeworfen, mit der Kolumne 'Demokratiediskussion im Rat' am 25.11.1984 wieder eine Diskussion um die Praktiken des Nationalen Sicherheitsrates in Gang gesetzt zu haben und damit gegen das Gesetz Nr. 2969 verstoßen zu haben. Dafür erwartet sie eine Strafe zwischen 9,5 Monaten und 3 Jahren.
Das Verfahren soll in den nächsten Tagen vor dem Militärgericht Nr. 2 in Istanbul beginnen.

Cumhuriyet vom 21.12.1984

Gegen den Kassenwart der Jugendabteilung der MHP wird die Todesstrafe gefordert

Das Militärgericht Nr. 1 in Ankara hat ein Verfahren gegen den ehemaligen Kassenwart der Jugendabteilung der MHP, Basri Coksun, und das Mitglied des Vereins des idealistischen Weges, Ömer Nusrettin Cosar, eröffnet. Gegen beide Angeklagte wird die Todesstrafe aufgrund von § 146/a gefordert, weil sie Personen durch Schulung zu Straftaten angeleitet haben und sie versteckt haben. Nach der ersten Sitzung beschloß das Gericht, dieses Verfahren mit dem MHP-Verfahren vor dem gleichen Gericht zu verbinden.

Cumhuriyet vom 21.12.1984

Das Verfahren wegen Fluchthilfe für Agca ging weiter

Das Verfahren gegen 12 Personen, denen Fluchthilfe für den Mörder des Chefredakteurs von Milliyet und den Mörder des Dozenten Bedrettin Cömert vorgeworfen wird, wurde vor dem Militärgericht Nr. 1 in Istanbul fortgeführt.
Nach der Feststellung der Anwesenheit wurde mit der Befragung der Angeklagten begonnen. Der Angeklagte Halil Ibrahim Organ, dem Fluchthilfe für Üzeyir Bayrakli auf Geheiß des MHP-Funktionärs Yilma Durak zur Last gelegt wird, sagte, daß er mit rechten Ansichten sympathisiert habe und deshalb auch an dem Aufbau des Idealistenvereins in Edirne beteiligt gewesen sei. Er habe aber keine Verbindung zu Yilma Durak gehabt und kenne auch Üzeyir Bayrakli nicht.
Der Angeklagte Hüseyin Bahar gab an, daß er an den Gründungsaktivitäten des Idealistenvereins in Edirne beteiligt gewesen sei. Er sei nach dem 12. September unter dem Vorwurf, Agca zur Flucht ins Ausland verholfen zu haben, für 10 Tage inhaftiert gewesen. In dieser Zeit habe man Druck auf ihn ausgeübt, aber es sei im Anschluß an die Ermittlungen kein Verfahren gegen ihn eröffnet worden.
Das Gericht lehnte die Anträge auf Haftentlassung ab und vertagte den Prozeß auf den 25. Dezember.

Cumhuriyet vom 22.12.1984

Das Verfahren wegen der Petition der Intellektuellen

Das Verfahren gegen 59 der 1383 Unterzeichner der Petition der Intellektuellen wurde vor dem Militärgericht Nr. 1 in Ankara fortgeführt. Nachdem man festgestellt hatte, daß die Aussagen aus Istanbul noch nicht eingetroffen waren, wurde das Verfahren auf den 18. Januar vertagt.

Cumhuriyet vom 22.12.1984

Das TIKKO-5 Verfahren beginnt

Heute beginnt vor dem Militärgericht Nr. 1 in Istanbul das TIKKO 5 Verfahren mit 25 Angeklagten, von denen gegen einen Angeklagten die Todesstrafe gefordert wird. In der 49-seitigen Anklageschrift wird den Angeklagten vorgeworfen, die TKP/ML und als bewaffnete Unterabteilung die TIKKO gegründet zu haben. Wegen Besitzes von Explosiva, Beteiligung an Piratendemonstrationen, Kleben von Plakaten und Spruchbänder, sowie Verteilen von Flugblättern wird gegen die anderen 24 Angeklagten eine Strafe von 3-20 Jahren gefordert.
Die Verfahren 1 und 2 der TIKKO waren vor einiger Zeit zu Ende gegangen. 17 der 292 Angeklagten waren dabei mit dem Tode bestraft worden, 10 hatten eine lebenslängliche Haftstrafe erhalten. Für 179 Angeklagte waren Strafen zwischen 3 und 20 Jahren verhängt worden. 60 Angeklagte waren freigesprochen worden und die Verfahren von 26 Angeklagte waren abgetrennt worden.
Inzwischen hat das Verfahren TIKKO 3 mit 305 Angeklagten gegen die in 59 Fällen die Todesstrafe beantragt ist, begonnen. In der ersten Verhandlung am 12.12.84 hatten die Angeklagten Parolen gerufen und die Angaben ihrer Personalien verweigert.

Gleichzeitig wird das Verfahren TIKKO 4 mit 23 Angeklagten fortgeführt, während das Verfahren TIKKO 6 mit 17 Angeklagten und 6 geforderten Todesstrafen noch auf seine Eröffnung wartet.

Cumhuriyet vom 23.12.1984

Haftentlassung für 12 Idealisten, von denen einer zum Tode verurteilt war

Die 5. Kammer des Militärkassationsgerichtshofes hat das Urteil im Verfahren gegen 80 Angeklagten des 'Vereines der Idealistischen Jugend' (ÜGD) aus Nazilli mit 80 Angeklagten verworfen. Das Verfahren hatte vor dem Militärgericht Nr. 1 in Izmir mit 11 Todesstrafen geendet. Die Kammer ordnete gleichzeitig die Haftentlassung für einen zum Tode verurteilten Angeklagten und 10 weitere Personen, die zu Strafen zwischen 9 und 33 Jahren verurteilt worden waren, an. Dadurch befindet sich aus diesem Verfahren niemand mehr in Haft.

Cumhuriyet vom 23.12.1984

Verfahren wegen Petition

Gegen 223 Personen, die sich überwiegend aus linken Untersuchungs- und Strafhäftlingen rekrutieren, wurde durch die Militärstaatsanwaltschaft ein Verfahren eröffnet (vermutlich Ankara, tid). Die Petition war anläßlich des ersten Jahrestages des Eingriffes vom 12. September an den Nationalen Sicherheitsrat gerichtet worden. Die Staatsanwaltschaft fordert Strafen zwischen 1 und 6 Jahren.

Cumhuriyet vom 24.12.1984

Das DISK Verfahren geht in sein viertes Jahr

Das Verfahren gegen die 'Revolutionäre Arbeitergewerkschaftskonföderation der Türkei' (DISK) geht in sein 4. Jahr. In dem Verfahren sind unterdessen 1474 Personen angeklagt, von denen in 78 Fällen die Todesstrafen gefordert wird. Derzeit werden vor dem Gericht die schriftlichen Beweismittel der Mitgliedsgewerkschaften verlesen.
Nach dem Eingriff vom 12. September 1980 wurden die Funktionäre der DISK auf Aufruf der Kriegsrechtskommandantur Istanbul zwischen dem 12. und 16.09.1980 in 'Sicherheitsverwahrung' genommen. Eine Reihe der Funktionäre kam dann im Dezember 1980 und Januar 1981 in Untersuchungshaft. Die Aktivitäten des Gewerkschaftsverbandes wurden unterdessen verboten.
Das Verfahren gegen 52 Angeklagte, gegen die alle aufgrund von § 146/1 die Todesstrafe gefordert wurde, begann am 24.12.1981. Das Gericht beschloß, Kriegsbestimmungen anzuwenden. Nachdem der Vorsitzende von DISK, Abdullah Bastürk, in der Sitzung vom 3.8.83

den verhandlungsführenden Richter abgelehnt hatte, wurde er unter dem Verdacht, das Gericht beleidigt zu haben, erneut in Untersuchungshaft genommen. Ihm wurde daraufhin eine Strafe von 7 Tagen auferlegt.
Im Laufe der Zeit wurden die Verfahren der 30 Mitgliedsgewerkschaften der DISK mit dem Hauptverfahren verbunden. Außerdem kamen 8 Zusatzanklagen hinzu, hinzu. Dadurch stieg die Zahl der beantragten Todesstrafen auf 78. Am 22.08.84 wurde die Haftentlassung aller Angeklagten angeordnet, der Vorsitzende Abdullah Bastürk mußte aber noch eine Zeit in Haft verbleiben, da gegen ihn eine Strafhaft von 6 Monaten aus einem anderen Verfahren existierte.

Cumhuriyet vom 25.12.1984

Das TIKKO 5 Verfahren

Das TIKKO 5 Verfahren begann vor dem Militärgericht Nr. 2 in Istanbul. In diesem Verfahren sind 25 Personen angeklagt, gegen die in einem Fall die Todesstrafe gefordert wird. Während der Feststellung der Personalien sagten einige Angeklagte, daß sie Probleme mit der Gefängnisleitung haben und sie dieses auch in einem Schreiben zum Ausdruck gebracht haben. Der verhandlungsführende Richter sagte, daß das Gericht nicht für die Fragen der Gefängnisse zuständig sei und daß auch das Schreiben nicht in dem Verfahren verlesen werden könne. Als der Angeklagte Mustafa Ilik trotz der Warnung des Gerichtes über die Haftbedingungen sprach, wurde er des Saales verwiesen. Daraufhin begannen 14 Angeklagten aus Protest Parolen zu rufen. Das Gericht setzte dann das Verfahren aus, weil es keine Möglichkeit der weiteren Verhandlung gab. Der Prozeß wurde auf den 14. Januar vertagt.
Außerdem forderte das Gericht alle Anwesenden auf den Saal zu verlassen, über nach der Strafprozeßordnung über eine Bestrafung der Angeklagten zu entscheiden. Auch der Antrag der Anwälte auf weiteren Verbleib im Prozeß wurde abgelehnt.
Nach § 143 des Gesetzes Nr. 353 (StPO) hat das Gericht die Möglichkeit, Angeklagte, die sich dem Gericht gegenüber ungebührlich verhalten, innerhalb von 24 Stunden anzuklagen und gegen sie eine Strafe von bis zu 1 Monat Einzelhaft anzuordnen.

Cumhuriyet vom 25.12.1984

Das Verfahren gegen die Schriftstellergewerkschaft: Der Staatsanwalt forderte Freispruch

Im Verfahren gegen 19 Funktionäre der Schriftstellergewerkschaft der Türkei (TYS) vor dem Militärgericht Nr. 1 in Istanbul hat der Militärstaatsanwalt sein Plädoyer gehalten. Das Verfahren hatte am 5. Januar 1983 wegen Verstoßes gegen den § 141 des türkischen Strafgesetzes (Kommunismuspropaganda) und gegen das Vereinsgesetz begonnen. Der Militärstaatsanwalt forderte in seinem Plädoyer nun einen Freispruch der Angeklagten bezüglich Kommunismuspropaganda und beantragte das Verfahren bezüglich der Verletzung des Vereinsgesetzes an ein ziviles Gericht zu verweisen.

Cumhuriyet vom 25.12.1984

Das Friedensvereinigungsverfahren 2 wurde fortgeführt

Vor dem Militärgericht Nr. 2 in Istanbul wurde das 2. Verfahren gegen die Friedensvereinigung mit der Befragung der Angeklagten fortgeführt. Die Künstler Gülsen Tuncer, Jülide Gülizar und Erkan Oyal bekannten sich zu ihrer Mitgliedschaft in einer illegalen Vereinigung. Der Anwalt Turgut Kazan, der ebenfalls in diesem Verfahren angeklagt ist, verwies auf die späte Eröffnung des Verfahrens. Er machte darauf aufmerksam, daß der Beschluß zur Erweiterung der Ermittlungen exakt an jenem Tag gefällt wurde, als er mit anderen Anwaltskollegen im Verfahren Nr. 1 einen Befangenheitsantrag gegen das Gericht gestellt habe. Auch in dem Verfahren Nr. 1 seien 15 Kollegen angeklagt, so daß der Eindruck entstehen muß, daß dieses Verfahren direkt gegen den Berufstand der Anwälte gerichtet sei.
Der Militärstaatsanwalt Yilmaz Özyigit machte darauf aufmerksam, daß die späte Eröffnung des Verfahrens mit dem Ausgang des Verfahrens Nr. 1 zu tun habe. In jenen Tagen habe man damit gerechnet, daß die Urteile in dem Verfahren Nr. 1 vor dem Militärkassationsgerichtshof in Freisprüche verwandelt werden. Man habe sich das dringend gewünscht, sagte er, denn dann hätte man auf eine Anklage verzichtet und das Verfahren eingestellt.

Cumhuriyet vom 26.12.1984

Das MHP-Verfahren

In dem Verfahren gegen die MHP und Idealistenvereinigung vor dem Militärgericht Nr. 1 in Ankara haben der Kommandant des Durchsuchungsteams in den Räumen der MHP, Hauptmann Serdar Akyazar und der Unteroffizier Cevat Kenan als Zeugen ausgesagt. Serdar Akyazar bekundete, daß sie in der Nacht zum 12. September gegen 03.00 in die Zentrale der MHP gekommen seien und dort den 2. Vorsitzenden der Idealistenvereinigung angetroffen haben. Zusammen mit 4 weiteren Personen habe man ihn dann interniert und mit der Durchsuchung begonnen. Dabei sei in einer Kasse eine Waffe gefunden worden. In dem Garten habe man weitere 3 Waffen gefunden. Außerdem habe sich in einem anderen Raum in einem Sack Kleingeld befunden. Es habe Goldketten gegeben und mutmachende Medikamente, außerdem Explosiva, die aus Deutschland stammten.
Der Zeuge, Unteroffizier Cevat Kenan machte Ausführungen zu den gefundenen Materialien.

Cumhuriyet vom 26.12.1984

Das Verfahren gegen THKP/C '3. Weg'

Vor dem Militärgericht Nr. 3 in Istanbul begann das Verfahren gegen 45 Angeklagte von THKP/C 3. Yol. 14 der Angeklagte sind Angehörige der Armee. Gegen die Angeklagten werden Strafen zwischen 3 und 15 Jahren gefordert.
Ihnen wird vorgeworfen, in dem Zeitraum von 1977 und den folgenden Jahren in der Heeresschule Schulungen abgehalten zu haben, Explosiva geworfen, sowie die Zentrale der MHP, die Jugendabteilung der MHP, die Gebäude der MISK, sowie die Polizeiwache in Bahcelievler bombardiert und beschossen zu haben. Gleichzeitig sollen sie für 3 Morde zuständig sein.
Von den Angeklagten befinden sich 11 in Ankara und 10 in Istanbul in Haft. An der gestrigen Verhandlung nahmen 9 inhaftierte und 15 nicht inhaftierte Angeklagte, sowie 15 Anwälte teil. Nach der Eröffnung des Verfahrens stellte das Gericht fest, daß 6 Angeklagte die Einheitsgefängniskleidung nicht angezogen hatten und in Unterwäsche in den Saal gekommen waren. Die Angeklagten sagten, daß sie die Einheitskleidung tragen wollten, daß man sie ihnen aber abgenommen habe. Daraufhin unterbrach das Gericht die Verhandlung für 20 Minuten, damit die Angeklagten die Kleidung anziehen konnten.

Nach dem Anziehen ergriff der Angeklagte Rahmi Yildirim das Wort und sagte, daß sie im Gefängnis einer unmenschlichen Behandlung ausgesetzt seien. Sie wollten nicht in Unterwäsche in den Prozeß kommen. Das Problem sei auch nicht die Einheitskleidung. Man behin-

dere ihre Prozeßvorbereitung. Die Leibesvisitationen seien unmenschlich und unmoralisch. Durch das Ablegen der Einheitskleidung protestierten sie gegen diese Praktiken der Gefängnisleitung nicht gegen das Gericht.
Nach der Feststellung der Personalien und dem Verlesen der Anklageschrift stellte das Gericht fest, daß die Angeklagten und Anwälte bezüglich der Haftbedingungen an jede Behörde wenden könnten. Das Verfahren wurde auf den 25. Januar vertagt.

Cumhuriyet vom 26.12.1984

Das Dev-Savas Verfahren

In dem Verfahren gegen 75 Angeklagte der THKP/C Dev-Savas vor dem Militärgericht Nr. 2 in Istanbul wurde nun das Urteil verkündet. Ein Angeklagter wurde mit einer lebenslänglichen Haftstrafe belegt. 31 Personen erhielten Strafen zwischen 1 Monat und 30 Jahren. 37 Angeklagte wurden freigesprochen.
An der Verhandlung nahmen 16 inhaftierte und 2 nicht inhaftierte Angeklagte teil. Es waren 6 Anwälte zugegen. Das Verfahren hatte am 6.8.1981 begonnen. Wegen eines Verstoßes gegen den § 146/1 war gegen 13 der Angeklagten die Todesstrafe gefordert worden.

Cumhuriyet vom 27.12.1984

Das PKK-Verfahren von Ankara

Vor dem Militärgericht Nr. 1 in Ankara ging das Verfahren gegen PKK-Apocular zu Ende. Wegen Mordes an Mehmet Uzun und Selami Basaran wurde Mümin Agcakaya aufgrund von § 125 TSG zum Tode verurteilt. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

Cumhuriyet vom 27.12.1984

Einmal lebenslänglich

Im Verfahren wegen des Mordes an dem Staatsanwalt von Niksar, Nihat Gercek, wurde der rechte Aktionist Talih Dicle vor dem Militärgericht Nr. 1 in Ankara zu einer lebenslänglichen Haftstrafe verurteilt. 3 weitere Angeklagte erhielten Strafen zwischen 6 und 10 Jahren. Sie waren zuvor nach dem § 450/4 TSG zum Tode verurteilt worden, aus verschiedenen strafmildernden Gründen aber dann mit geringeren Strafen belegt worden.

Tercüman vom 28.12.1984

Im Verfahren wegen der Fluchthilfe für Agca gibt es keine inhaftierten Angeklagten mehr

Im Verfahren wegen der Fluchthilfe für Mehmet Ali Agca (Mörder des Journalisten Abdi Ipekci) und Üzeyir Bayrakli (Mörder des Dozenten Bedrettin Cömert) im Jahre 1979 durch den Grenzübergang Kapikule vor dem Militärgericht Nr. 1 in Istanbul wurden die letzten 5 der 12 Angeklagten aus der Haft entlassen. Die Angeklagten erwarten Strafen zwischen 3 und 15 Jahren.
In der Verhandlung wurde die schriftliche Aussage von Mehmet Ali Agca aus Italien verlesen. Dort heißt es, daß er sich mit Abuzer Ugurlu getroffen habe und ihm dort ein Paß indischer Herkunft überreicht worden sei. Man habe ihm 3000 Dollar gegeben und mit Hilfe der Beamten von Kapikule sei er ausgereist. Später habe er sich mit Oral Celik und Abdullah Catli getroffen und sei am 30./31.08. wieder eingereist. Mit einem Paß auf den Namen Faruk Özgür sei er dann wieder nach Bulgarien ausgereist.
Die Angeklagte sagten alle, daß sie mit der Fluchthilfe für Agca und Bayrakli nichts zu tun haben und auch niemanden kennen, dessen Namen im Zusammenhang mit dem Papst-Attentat aufgetaucht sei. Sie erwähnten daß im Zusammenhang mit den Operationen in Kapikule insgesamt 23 Polizisten und 85 Zollbeamte verhaftet worden sind. Der Angeklagte Ali Yavuz, der in Ankara inhaftiert war, gab an, daß er nur aufgrund seiner polizeilichen Aussage, die man unter Druck aufgenommen habe, in das Verfahren gekommen sei.
Das Verfahren wurde auf den 15. Januar vertagt.

Cumhuriyet vom 28.12.1984

Das MHP-Verfahren

Im Verfahren gegen die MHP und Idealistenvereinigungen vor dem Militärgericht Nr. 1 in Ankara sagte der Richter Ali Koc als Zeuge aus. Ihm wurden drei verschiedene Briefe vorgehalten, von denen er zwei als seine identifizierte. Zu dem Inhalt sagte er, daß er zur Regelung von persönlichen Angelegenheiten an den Vorsitzenden der MHP geschrieben habe. Die Redewendung 'ein von Türkes erhaltener Befehl' in dem Brief sei von ihm lediglich verwendet worden, um die Hochachtung vor einer höhergestellten Person zum Ausdruck zu bringen. Er selber habe von Türkes keinen Befehl erhalten.

Cumhuriyet vom 28.12.1984

Das Verfahren gegen die Volkshäuser

Nachdem das Verfahren gegen die Leitung der Volkshäuser vor dem Militärgericht Nr. 2 in Ankara mit Freispruch geendet hatte, der Kassationsgerichtshof diesen Freispruch aber für drei Angeklagte aufgelöst hatte, wurde nun das erneute Verfahren vor dem Militärgericht Nr. 1 in Ankara aufgenommen. Betroffen sind die drei ehemaligen Abgeordneten der CHP, Ahmet Yildiz, Ferhat Aslantas und Erol Saracoglu. Ahmet Yildiz sagte in dem Verfahren, daß bestimmte Aussagen nur als persönliches Vergehen bewertet werden könnten, daß aber die Vereinigung deshalb nicht beschuldigt werden könne.

Cumhuriyet vom 28.12.1984

Das Verfahren gegen Ibrahim Ciftci

Im Verfahren wegen des 'Massakers von Bahcelievler' vor dem Militärgericht Nr. 1 in Ankara hat das Gericht den Antrag des Nebenklägers auf Inhaftierung des Angeklagten Ibrahim Ciftci mit der Begründung abgelehnt, daß es in dem jetzigen Stadium des Verfahrens noch keinen Grund dafür gebe. Das Gericht schloß sich der Entschließung des Militärkassationsgerichtshofes an und beschloß, die Ermittlungen zu erweitern.

Cumhuriyet vom 28.12.1984

Das KAWA Verfahren

Im Verfahren gegen 328 Angeklagte der KAWA vor dem Militärgericht in Diyarbakir wird am 10. Januar 1985 das Urteil verkündet. Der Militärstaatsanwalt hatte in seinem Plädoyer für 19 Angeklagte die Todesstrafe, für 166 Angeklagte zwischen 1 und 24 Jahren Haft und für 136 Angeklagte Freispruch gefordert. Den Angeklagten werden insgesamt 17 Morde und weitere 40 Aktionen zur Last gelegt.

Tercüman vom 29.12.1984

Das TKP Verfahren steht vor dem Abschluß

Im Verfahren gegen die illegale Kommunistische Partei der Türkei mit 287 Angeklagten vor dem Militärgericht

Nr. 1 in Ankara ist das Endstadium erreicht. Es wurden einige Expertenberichte zu den Dokumenten und Zeugenaussagen verlesen. Die Verteidiger protstierten gegen diese Gutachten und sagten, daß eine solche Bewertung durch das gerichtsmedizinische Institut vorgenommen werden müsse. Die Vereinigung eines anderen Verfahrens mit dem Hauptverfahren wurde mit Rücksicht auf das erreichte Stadium abgelehnt. In dem Verfahren waren 26 inhaftierte Angeklagte anwesend. Der Prozeß wurde zurVerlesen weiterer Beweisstücke auf ein anderes Datum vertagt.

Cumhuriyet vom 29.12.1984

Das DHB-Verfahren wurde abgeschlossen

Im Verfahren gegen die Revolutionäre Volksunion vor dem Militärgericht Nr. 1 in Ankara wurde ein Angeklagter zu einer lebenslänglichen Haftstrafe, 8 Angeklagte zu Strafen zwischen 5 und 10 Jahren verurteilt. Weitere 12 Angeklagte der DHB wurden freigesprochen.

Cumhuriyet vom 29.12.1984

Das Rizgari-Verfahren

Im Verfahren gegen 10 Angeklagte der Organisation Rizgari wurden 2 Angeklagte zu Strafen von 10 Jahren und 8 Monaten verurteilt. Das Verfahren, das vor dem Militärgericht Nr. 1 in Ankara durchgeführt wurde, endete für die übrigen Angeklagten mit Freispruch.

Cumhuriyet vom 29.12.1984

Zum 2. Mal verurteilt

Ahmet Levent Cokdegerli wurde nun zum 2. Mal zu einer Strafe von 21 Jahren und 4 Monaten verurteilt. Man hatte ihm vorgeworfen, Mitglied der TDKP zu sein und eine Person ermordet zu haben.

Cumhuriyet vom 29.12.1984

Strafreduzierung

Ein Mitglied der Organisation Kurtulus, das zuvor durch das Militärgericht Nr. 1 in Ankara zu einer Strafe von 13 Jahren und 4 Monaten verurteilt worden war, wurde nun in der Revisionsverhandlung zu einer Strafe von 6 Jahren und 8 Monaten verurteilt.

Cumhuriyet vom 29.12.1984

Das THKO-TDY Verfahren

Das Verfahren gegen THKO-TDY vor dem Militärgericht in Ankara mit 16 Angeklagten, gegen die in 5 Fällen die Todesstrafe beantragt ist, hat das Stadium der Verteidigerplädoyers erreicht. Für die unter Todesstrafe angeklagte Sema Yigit reichten 3 Anwälte eine gemeinsame Verteidigungsschrift ein. Nach der Verlesung dieser Schrift wurde das Verfahren auf einen späteren Zeitpunkt vertagt, damit sich die übrigen Anwälte und Angeklagte abschließend äußern können.

Tercüman vom 30.12.1984

4 Todesstrafen

Das Militärgericht von Elazig hat das Urteil im Dev-Sol Verfahren mit 152 Angeklagten verkündet. Wegen der Gründung einer bewaffneten Bande und anderer Tatvorwürfe wurden 4 Angeklagte zum Tode verurteilt. 6 Angeklagte erhielten eine lebenslängliche Haftstrafe, 2 Angeklagte wurde zu je 20 Jahren Haft, 8 Angeklagte zu je 8 Jahren Haft, 46 Angeklagte zu Strafen zwischen 5 und 10 Jahren und 37 Angeklagte zu Strafen zwischen 3 und 5 Jahren verurteilt.

Cumhuriyet vom 01.01.1985

Folterer erhalten drei Jahre Haft

Die 4. Kammer des Kassationsgerichtshofes hat nun in einem Grundsatzurteil festgestellt, daß Beamte die Gefangene mißhandeln oder foltern, nach dem § 245 des türkischen Strafgesetzes mit einer Freiheitsstrafe von drei Jahren zu belegen sind. Gleichzeitig sind sie aus dem Dienst zu entfernen. Das Urteil erging in einem Verfahren aus der Stadt Vakfikebir.

Cumhuriyet vom 01.01.1985

1 Todesstrafe und 2 Mal lebenslänglich in Erzincan

In drei verschiedenen Verfahren vor dem Militärgericht in Erzincan wurde ein Angeklagter zum Tode, 2 Angeklagte zu jeweils lebenslänglichen Haftstrafen verurteilt. Von den anderen Angeklagten erhielten 14 Strafen zwischen 1 und 32 Jahren. 31 Angeklagte wurden freigesprochen.

Tercüman vom 02.01.1985

Das Kapikule-Verfahren mit 46 Angeklagten wurde eröffnet

Das Verfahren im Zusammenhang mit der Operation Kapikule (Grenzübergang von Bulgarien her, tid), die zu dem Rücktritt von 2 Ministern geführt hatte, wird nun am 23. Januar vor dem Militärgericht in Ankara beginnen. 46 Personen werden beschuldigt, Bestechungsgelder genommen zu haben. Dafür verlangt der Militärstaatsanwalt Strafen zwischen 2 und 36 Jahren. Die Vorfälle von Kapikule hatten begonnen, als in einem Reisebus am 12.07.1984 mehr als 200 Millionen Lira an Devisen gefunden worden waren.

Cumhuriyet vom 03.01.1985

Das TKP Verfahren mit 287 Angeklagten steht vor dem Abschluß

Das Verfahren gegen die illegale Kommunistische Partei der Türkei mit 287 Angeklagten vor dem Militärgericht Nr. 1 in Ankara wird am 24. Januar weitergeführt werden. In dem Verfahren befinden sich noch 26 Angeklagte in Haft. In der kommenden Verhandlung werden einige Verteidigungsreden, die im Rahmen der Amtshilfe eingeholt wurden, verlesen. Sollte es gelingen, daß auch einige offengebliebenen Verfahrensfragen abgeklärt werden, so wird noch an diesem Tage das Urteil verkündet.

Cumhuriyet vom 04.01.1985

Yeni Gündem wird wieder herausgegeben

Die 14-tägig erscheinende Zeitschrift 'Yeni Gündem' (neue Tagesordnung) darf auf Befehl der Kriegsrechtskommandantur Istanbul wieder herausgegeben werden. Nach der 12. Nummer der Zeitschrift am 16.10.84 war die Herausgabe verboten worden.

Cumhuriyet vom 05.01.1985

3 Mal lebenslänglich in Malatya

Vor dem Militärgericht in Malatya wurden 4 bewaffnete linke Aktionisten zum Tode verurteilt. Aus strafmildernden Gründen wurden diese Strafe in drei Mal lebenslänglich

lich verwandelt. Die übrigen Angeklagten, die eine marxistisch-leninistische Ordnung anstrebten, wurden zu Strafen zwischen 1 und 8 Jahren verurteilt.

Cumhuriyet vom 05.01.1985

Das TÜTED Verfahren endete mit Freispruch

Das Verfahren gegen den 'Verein aller technischen Beschäftigten' (TÜTED) endete nun mit Freispruch. Nach dem 12. September war gegen den Vorsitzenden Aykut Göker und 14 Freunde ein Verfahren vor dem Militörgericht in Ankara eröffnet worden. Dieses Gericht hatte auf Nichtzuständigkeit erkannt und das Verfahren an ein ziviles Gericht in Ankara geschickt, das nun einen Freispruch verfügte.

Cumhuriyet vom 06.01.1985

35 Verurteilungen in Elazig

Vor dem Militärgericht in Elazig wurden von 48 Angeklagten 35 mit verschiedenen Strafen belegt. Die Angehörigen einer separatistischen, bewaffneten Bande waren wegen verschiedener Aktivitäten im Namen der Organisation angeklagt worden.

Cumhuriyet vom 09.01.1985

Zeugen im MSP-Verfahren

Im Verfahren gegen Necmettin Erbakan und 22 Freunde sollen nun 9 Personen vernommen werden, die bei verschiedenen Veranstaltungen der Partei anwesend waren. Unter den zu vernehmenden Personen befinden sich auch drei Journalisten.

e) VERHAFTUNGEN

17 Studenten, die sich mit einer Petition an die Hochschulleitung in Ankara gewandt hatten, um das Mensaessen verbessern zu lassen, wurden nun wieder auf freien Fuß gesetzt, nachdem man sie zunächst in Polizeigewahrsam genommen hatte (Cumhuriyet vom 12.12.1984).

Bei Operationen der Sicherheitskräfte zwischen dem 01.01.1984 und dem 14.12.1984 wurden 4.758 Militante verhaftet, 1 Flugabwehrrakete, 137 automatische Waffen, 296 Pistolen und 94 Jagdgewehre beschlagnahmt. Bei den Vorfällen in der Türkei verloren 83 Personen das Leben. Unter Einschluß der Vorfälle im Südosten der Türkei geschahen im gleichen Zeitraum 42 Überfälle, 49 Auseinandersetzungen, 19 Expolisionen, 8 illegale Demonstrationen (Tercüman vom 18.12.1984).

In Bursa wurden 28 Personen festgenommen, die linksradikale Aktivitäten entfaltet hatten. Außerdem wurden hier 18 Personen verhaftet, die Waffen- und Rauschgiftschmuggel betrieben. In Izmir wurden 3 Personen von linksradikalen Organisationen gefaßt und in Zonguldak und Gaziantep wurden 8 Personen verhaftet, die gefälschte Führerscheine ausstellten (Cumhuriyet vom 19.12.1984).

In Istanbul wurden 73 Militante, unter ihnen 11 Mädchen verhaftet, die 5 verschiedenen linken Organisationen angehören. Die Verhafteten gehören den Organisationen TKP/ML Bolsevik, Sosyalist Vatan Partisi, Türkiye Komünist Emek Partisi, TKP/ML Partizan und Dev-Yol an (Tercüman vom 26.12.1984).

In Gebze wurde der 'rote Arzt' gefaßt. Mehmet Yelkenci, der auf dem Gesundheitsamt arbeitete, gehörte der TKP an und blieb lange Zeit unerkannt, bis eine Schwester aus dem Gesundheitsamt, die ihm half verhaftet wurde und den Hintergrund schilderte (Tercüman vom 27.12.1984).

Die im Zusammenhang mit einem Überfall auf ein Goldgeschäft verhafteten drei Personen sind noch für weitere Überfälle und Morde (auch vor dem 12.09.80) verantwortlich. Die Verhafteten trugen jugoslawische Pässe bei sich, aber bei zwei Verdächtigen stellte sich heraus, daß sie türkischer Abstammung sind. Im Zusammenhang mit dieser Verhaftung wurden weitere 6 Personen in Polizeigewahrsam genommen (Cumhuriyet vom 05.01.1985).

f) MORDE ...

Cumhuriyet vom 14.12.1984

1 Türke, der 13 Pakistanis zur Flucht verhelfen wollte, wurde erschossen

Nachdem 15 Pakistanis bei der Einreise nach Griechenland aufgehalten worden waren und 13 von ihnen wieder zurückgekehrt waren, hatten sie sich in der Nähe der Grenze drei Taxen gemietet und versuchten, mit diesen Autos illegal über die Grenze zu haben. Als die drei Taxen auf die Aufforderung, stehen zu bleiben, wurde das Feuer eröffnet, in dessen Folge der Taxifahrer Üzeyir Yüksel getötet, die zwei anderen Taxifahrer und 3 Pakistanis verletzt wurden.

Tercüman vom 21.12.1984

Die separatistische Bande hat einen Unteroffizier und zwei unserer Soldaten ermordet

Im Kreis Karakocan der Provinz Elazig wurde bei der Durchsuchung einer Metzgerei von separatistischen Kräften das Feuer eröffnet, bei dem ein Unteroffizier und zwei unserer Soldaten getötet wurden. Sie fielen für das Vaterland.
Anm.: Die Überschrift spricht noch davon, daß die Terroristen einen Priester standrechtlich erschossen haben. In der Nachricht ist diese Meldung aber nicht ausgeführt. tid.

RAUSCHGIFTHANDEL UND RECHTE

Die Verhaftung eines in der Türkei gesuchten rechten Täters mit 1,5 kg Heroin in Frankfurt hat nur in der liberalen Zeitung Cumhuriyet für etwas Aufsehen gesorgt. Der für seine Berichterstattung über Agca und die Mafia bekannte Journalist Ugur Mumcu hat daraufhin in einer mehrtägigen Folge versucht, den Hintergrund dieser Verhaftung etwas aufzuhellen.
Am 15.12.1984 befindet sich der Bericht über die Verhaftung von Rifat Yildirim mit 1,5 kg Heroin in Cumhuriyet. Rifat Yildirim wird in der Türkei als Mörder des Dozenten Bedrettin Cömert gesucht. Zusammen mit ihm wird Üzeyir Bayrakli für die Tat verantwortlich gemacht. Auch er soll im Zusammenhang mit dem Rauschgiftgeschäft verhaftet worden sein, aber zur Zeit der Berichterstattung war er schon wieder auf freiem Fuß. Der Handel sollte in dem City Bazar in Frankfurt erfolgen. Dort hat der ehemalige Vorsitzende der Türk-Föderation und Angeklagter im MHP-Prozeß in der Türkei, Enver Altayli, einen Laden. Überhaupt sollen sich in dieser Gegend einige Geschäfte von 'Grauen Wölfen' befinden. Des weiteren soll Mehmet Sener, der im Zusammenhang

Süddeutsche Zeitung, 3.1.1985:

Türkei: Der schwelende Konflikt mit den Kurden

Beunruhigendes aus der Provinz

In Ankara argwöhnt man, daß der Kreml Aufstände im entlegenen Hakkari unterstützt, um das NATO-Bündnisland innerlich zu schwächen

Von unserem Korrespondenten Heiko Flottau

Die Namen, welche die Herrschenden ihnen geben, sind vielfältig. „Die aus dem Osten" ist noch die harmloseste aller Bezeichnungen, die die Türken den 8,7 Millionen Kurden gegeben haben. Meistens werden diese aber „Banditen", „Terroristen" oder „Separatisten" genannt. In der Epoche des Staatsgründers Mustafa Kemal, genannt Atatürk, griff man auf das Wort „Bergtürken" zurück. Damit wollte man aus dem nationalen Bewußtsein verdrängen, daß es neben Türken auch ander ethnische Gruppen in der neuen Republik gab. Derzeit allerdings sind wieder mehr die aus Kriegszeiten geläufigen Bezeichnungen im Umlauf. Denn seit dem 15. August vergangenen Jahres, als bewaffnete Männer, offensichtlich Kurden, im Gebiet der Orte Eruh und Semdinli in der östlichen Hakkari-Provinz zwei türkische Soldaten töteten und elf verwundeten, ist die türkische Armee im Osten des Landes vornehmlich damit beschäftigt, „Nester von Terroristen, Banditen und Separatisten" auszuheben, wie es in der Sprache der Regierenden heißt.

Nachrichten über diesen Kleinkrieg in der Nähe der iranischen und irakischen Grenze dringen kaum an die Öffentlichkeit. Eine Truppe von 6000 Mann wurde Ende Dezember in die Provinz Hakkari beordert. Trotzdem ist die Gegend bisher nicht zur Ruhe gekommen. Am 9. Oktober zum Beispiel überfielen Aufständische, möglicherweise wieder Kurden, im Gebiet des Ortes Cukurca, ebenfalls in der Provinz Hakkari, ein Militärfahrzeug und töteten acht Soldaten. Am 10. Oktober starb ein Soldat nach einer kurdischen Attacke. Und am 24. November sprach Innenminister Yildirim Akbulut von 14 durch die Armee getöteten „Terroristen", von drei Gefangenen und von 2196 „Personen", die die Armee interniert habe, die Hälfte davon allerdings nur vorübergehend. Schließlich mußte Kenan Evren, der Staatspräsident, auf ein Gesetz von 1923 zurückgreifen, das den Bauern in entlegenen Dörfern das Tragen von Waffen erlaubt, um sich gegen die – damals noch zahlreichen – Überfälle von tatsächlichen Banditen zu schützen.

Zwiespältiges Echo

Die Verordnung des General Evren fand in der türkischen Presse ein unterschiedliches Echo. Die konservative Zeitung *Tercuman* befürchtete einen Zerfall der Staatsautorität, da es dieser offensichtlich nicht gelinge, der Überfälle mit den regulären Sicherheitskräften Herr zu werden. Die liberale *Millyet* hingegen sah eine Wiederherstellung des Vertrauens zwischen Staat und Bürgern. Die Regierung könne es sich jetzt wieder leisten, in begrenztem Umfang Waffen zu verteilen, ohne befürchten zu müssen, daß der vornehmlich politisch motivierte Terror, der die Türkei 1980 an den Rand eines Bürgerkriegs gebracht hatte, wieder auflebe.

Knapp viereinhalb Jahre nach der Machtübernahme durch die Militärs und ein gutes Jahr nach Übergabe der Regierungsgewalt an ein ziviles, aus freien Wahlen hervorgegangenes Kabinett unter Ministerpräsident Turgut Özal, ist die Türkei erneut mit zwei alten Problemen konfrontiert. Wie soll sie die 8,7 Millionen Kurden behandeln? Und wie soll sie mit dem vornehmlich ethnisch motivierten, im Osten wieder auflebenden Terror fertigwerden? Und weil Terror, wie immer seit der Gründung der türkischen Republik im Jahre 1923, auch vom Ausland geschürt wird, hat das politische und das terroristische Ränkespiel um die Türkei nach Meinung mancher Beobachter bereits wieder begonnen.

In Ankara verweisen zum Beispiel viele auf die „Russian connection", auf die Verbindung mit Moskau. Die kaum zu überwachende türkische Küste am Schwarzen Meer, an dessen anderem Ufer die Sowjets sitzen, die 610 Kilometer lange, durch unwegsames Gebiet führende Landesgrenze mit der Sowjetunion, der bulgarische Nachbar, der seit vielen Jahren mit Waffenschmuggel Terroristen unter die Arme greift, sofern diese nur die Destabilisierung des NATO-Partners Türkei beschleunigen, und schließlich die sich gegenseitig bekämpfenden östlichen Nachbarn Iran und Irak, die jede Gelegenheit nutzen, „ihre Kurden" zu Attacken gegen den Nachbarn zu ermuntern – das alles hat zu Aktionen gegen die Türken stets eingeladen.

Freilich hat es die herrschende türkische Elite, die aus Berufssoldaten und Berufspolitikern, aus Industriellen und großstädtischen Akademikern besteht, ihren ausländischen Gegnern oft sehr leichtgemacht. Kurden leben im Irak, im Iran, in Syrien und in der Türkei. Dort aber, im Staate Atatürks, genießen die Kurden wohl die wenigsten Rechte. Ihre ethnische Identität wird in der Türkei offiziell geleugnet, der Gebrauch der kurdischen Sprache ist verboten, kurdischen Schulunterricht gibt es demnach nicht, ebenso fehlen kurdische Zeitungen und kurdische Radiosendungen. Unter den Kurden ist der Analphabetismus besonders hoch (82 Prozent in Hakkari), die meisten führen noch ein nomadenähnliches Dasein, viele sind land-, oft auch rechtlose Bauern. Nur wer sich als Kurde vollständig mit den Türken assimiliert hat und seine Herkunft verleugnet, kann in der Türkei als normaler Bürger leben.

Doch nicht einmal die wenigen, die im Osten wohnen, finden dort eine ausreichende Lebensgrundlage. Aus dem unwirtlichen, unter den osmanischen Sultanen ebenso wie unter den republikanischen Regimen vernachlässigten Ostanatolien ziehen Türken wie Kurden in Scharen ab. Wer zurückbleibt, führt oft ein ärmliches Dasein. Die Kurden werden zudem oft zu den Waffen gerufen, angetrieben von Landsleuten in den Nachbarländern oder aber auch vom sowjetischen Nachbarn im Norden.

Wie unmenschlich und politisch falsch die türkische Politik der Verdrängung der Kurden war, zeigen die dreißiger Jahre. Kurden wurden nach Westen umgesiedelt, deportiert oder getötet. Doch das „kurdische Problem" blieb bis auf den heutigen Tag und bietet feindlichen Nachbarn immer wieder einen Hebel zur Destabilisierung der Türkei.

Den aktuellen Anlaß der jetzt wieder aufflammenden Unruhen sehen viele Beobachter im Golf-Krieg zwischen dem Irak und dem Iran, der es den beiden kriegführenden Parteien offensichtlich erschwere, „ihre Kurden" in Schach zu halten. Manche geben der Sowjetunion die Schuld, die Washingtons treuen und innerlich wiedererstarkten Verbündeten schwächen wolle. Politiker in Ankara vermuten, daß es besonders die „Kurdische Kommunistische Partei" sei, die von Moskau, oft via Sofia, mit Geld und Waffen versorgt werde. Doch Verbindungen, so hört man, gebe es auch zu den italienischen Roten Brigaden und westdeutschen Terrororganisationen. Kurdische Kämpfer würden sowohl in Syrien als auch in der Sowjetunion ausgebildet.

Freilich war es in der Vergangenheit nicht nur Moskau, das im Untergrundkampf gegen seine ideologischen Gegner auf die Kurden setzte. In den späten sechziger Jahren unterstützten die USA lange Zeit irakische Kurden im Kampf gegen die Regierung in Bagdad; der Schah des Iran, der selbst in seinem Lande mit dem „kurdischen Problem" zu tun hatte, unterstützte irakische Kurden im Kampf gegen die Regierung in Bagdad – und immer ließen sich die Kurden zu den Zwecken anderern mißbrauchen.

Enttäuschte Diplomaten

Um der seit fünf Monaten wieder stärker werdenden Gefahr zu begegnen, setzt die Regierung in Ankara nicht nur auf Armee und Polizei, nicht nur auf Bewaffnung mancher Bürger in Ostanatolien, sondern auch auf die Diplomatie. Schon im Oktober sprach Außenminister Vahit Halefoglu in Bagdad vor, um eine gemeinsame Haltung gegen die Kurden zu finden. Nicht erst seit dieser Visite dürfen türkische Truppen bei der Verfolgung von „Separatisten" auch auf irakisches Gebiet übergreifen.

Schon im Mai 1983 hatte Ankaras Militär grenzüberschreitend „Banditen" in dem Irak verfolgt. Der Iran kam den Wünschen der Türkei nicht so sehr entgegen. Als der damalige Innenminister Ali Tanriyar im letzten Oktober nach Teheran flog, war er weniger erfolgreich. Die Türkei beschuldigt das Regime des Ayatollah Khomeini nämlich offen der Komplicenschaft mit den türkischen Kurden. Die Iraner hatten zwar zunächst Unterstützung für die Türken in Aussicht gestellt, doch als sie von der türkisch-irakischen Übereinkunft hörten, gaben sie zu Protokoll, die Sicherheitsprobleme der Türkei seien mit dem Iran in keiner Weise zu verbinden. Das war ein ziemlicher Schlag für die türkische Diplomatie, die sich im Golfkrieg für neutral erklärt hatte und dadurch auch erreichen wollte, daß der Iran die vom Irak in die Türkei führende, devisenbringende Erdöl-Pipeline mit Angriffen verschone.

Doch es ist die Sorge über das Wiederaufleben des Terrorismus, die manche Politiker in Ankara mehr bewegt als eine Niederlage auf diplomatischem Terrain. Während sich Türken überall im Lande noch immer darüber freuen, daß sie sich seit gut vier Jahren wieder frei bewegen können, ohne befürchten zu müssen, Opfer links- oder rechtsextremer Terroristen zu werden, verweisen Politiker auf Dokumente, die nach dem Militärputsch von 1980 bei linksextremen kurdischen Gruppen, unter anderem bei der Kurdischen Kommunistischen Partei, gefunden wurden. Einen unabhängigen kommunistischen, aber dennoch von Moskau dirigierten Staat, der aus Teilen Iraks, Irans, Syriens und der Türkei zusammengesetzt sei, habe die Kommunistische Partei Kurdistans gründen wollen.

TÜRKEI–INFODIENST der alternativen turkeihilfe
c/o Michael Helweg, Postfach 7088, 4900 Herford

Postvertriebsstück 1 D 3417 D Gebühr bezahlt

mit dem Mord an Abdi Ipekci gesucht wird, in Basel wegen Rauschgifthandel inhaftiert sein. Außerdem sollen Oral Celik und Abdullah Catli, die beide in das Papstattentat verwickelt sein sollen, ebenfalls in diesem Zusammenhang gesucht werden.
Am 19.12.1984 wird auf diese Seite näher eingegangen. In der Schweiz soll ein Armenier namens Hovik Simonyan das Rauschgiftgeschäft, an dem wie gesagt die rechten Aktionisten aus der Türkei beteiligt sind, anführen. Schon im Jahre 1981 hätten die oben Genannten in Olten eine Versammlung abgehalten und das Rauschgiftgeschäft geplant, um die flüchtenden Idealisten unterstützen zu können.
Am 20.12.1984 berichtet Cumhuriyet, daß zwischen Oral Celik und Yahya Demirel (der inzwischen zurückgekehrt und sich den türkischen Behörden gestellt hat, tid) eine Verbindung bestanden hat. Dies sei das Ergebnis der Ermittlungen der schweizerischen Polizei. Ein Treffen zwischen den zwei Personen habe im Frühjahr 1983 in Genf in den Räumen der Gesellschaft des Yahya Demirel stattgefunden. Oral Celik, Abdullah Catli und Mehmet Sener hätten auch gute Verbindungen nach

Demokratisierung

Cumhuriyet vom 18.12.1984

Die Lehrkräfte und Studenten werden karteimäßig erfaßt

Der Hochschulrat (YÜK) hat an die Rektoren ein Schreiben gerichtet, in dem alle Universitäten aufgefordert werden, Karteien über die Lehrkräfte und die Studenten anzulegen. Die Verordnung besteht aus 17 Paragraphen. Hier heißt es u.a., daß die Karteikarten ständig auf dem neuesten Stand gehalten werden sollen. Hiermit soll ermöglicht werden, eine ständige Kontrolle über die Studenten zu erhalten, die an gemeinsamen Plätzen wie Wohnheimen, Kantinen oder dergleichen aufhalten. In der Verordnung, die die Unterschrift des Hochschulratsvorsitzenden Ihsan Dogramaci trägt, wird weiterhin darauf aufmerksam gemacht, daß solche Hochschulangehörige und Studenten, die in der Vergangenheit an ideologischen Aktionen beteiligt waren, aus der Nähe beobachtet werden und daß Personen, bei denen ideologische Aktivitäten beobachtet werden, sofort an die nächste Polizeistation weitergemeldet werden.

Cumhuriyet vom 18.12.1984

28.000 neue Polizisten werden eingestellt

Bei den Besprechungen des Haushaltes im Parlament kam gestern der Haushalt des Innenministeriums zur Sprache. Hierbei wurde erklärt, daß im nächsten Jahr 28.000 neue Polizisten eingestellt werden sollen. Der HP Abgeordnete Ibrahim Ural erklärte daraufhin, daß der Informationsfluß für die Polizei gering sei und es den illegalen Organisationen deshalb leichter sei, ihre Aktivitäten zu entfalten. In diesem Zusammenhang wies Ural darauf hin, daß bei den Vorfällen in Südostanatolien bis heute 20 Personen gefallen seien und außerdem 40 Soldaten verletzt worden seien. Demgegenüber seien von den Anarchisten 14 tot und 3 verletzt verhaftet worden.
Im weiteren Verlauf der Debatte äußerten sich die Abgeordneten anderer Parteien in gleicher Richtung. Der Innenminister Yildirim Akbulut wies in diesem Zusammenhang noch darauf hin, daß in 34 Provinzen der Ausnahmezustand gelte, in 9 Provinzen der Notstand ausgerufen sei und in 24 Provinzen der Normalzustand eingekehrt sei.

Cumhuriyet vom 20.12.1984

Die Türkei ist unter den führenden Ländern bei der Kindersterblichkeit

In Bezug auf die Kindersterblichkeit im Alter von 0-1 Jahr nimmt die Türkei mit 110 gestorbenen Kindern auf 1000 Geburten eine führende Stellung in der Welt ein. In einer Aufstellung der UNICEF zum Jahr des Kindes liegt die Türkei damit an 9. Stelle auf der Welt.

VERWENDETE PUBLIKATIONEN

Der Zensurmechanismus in der Türkei (informelle und Selbstzensur) hat die ideologischen Unterschiede der Zeitungen verwischt. Dennoch gibt es Differenzen, die sich in tendenziöser Berichterstattung oder kommentierenden Kolumnen wiederspiegeln. Wenn auch in begrenztem Ausmaße, so übersetzen wie derartige Artikel zur Illustrierung der Meinungen in den türkischen Medien. Eine globale Einordnung der von uns ausgewerteten Presseorgane ergibt folgendes Bild:

Cumhuriyet	Türkeiausgabe, liberal
Tercüman	Deutschlandausgabe, konservativ
Milliyet, Hürriyet	Deutschlandausgabe, Regenbogenpresse, erstere etwas ernsthafter
Nokta	Wochenmagazin, türkische 'Spiegel'
WDR IV	40-minütige 'Gastarbeiter'sendung, täglich

IMPRESSUM
TÜRKEI–INFODIENST DER ALTERNATIVEN TÜRKEIHILFE
V.i.S.d.P. und Verleger: Michael Helweg, Postfach 70 88, 4900 Herford
Einzelpreis: 1,50 DM
Abonnement: 6 Monate: 20,- DM; 1 Jahr: 40,- DM
Kündigungsfrist: Spätestens 4 Wochen vor Ablauf des Abos. Wird das Abo nicht gekündigt, so verlängert es sich automatisch um den vereinbarten Zeitraum
Zahlungen nur nach Erhalt einer Rechnung auf eines der folgenden Konten:
Michael Helweg, Postscheckamt Hannover, Nr. 3981 01 - 304, BLZ: 250 100 30
Alternative Türkeihilfe, Kreissparkasse Herford - Bünde, Nr. 1 000 008 613, BLZ: 494 501 20
Der Türkei - Infodienst erscheint 14-tägig